

Wahlprogramm der FDP Halle zur Kommunalwahl 2014



Wirtschaft und Finanzen – das Rückgrat unserer Stadt

Die Wirtschaft ist das Rückgrat unserer Stadt. Wir können nur ausgeben, was wir zuvor erwirtschaftet haben. Das zentrale Problem der Stadt Halle ist deshalb die zu geringe Anzahl an hochwertigen Arbeitsplätzen. Die Ansiedlung von Unternehmen und die damit verbundene Schaffung neuer gut bezahlter Arbeitsplätze ist das Hauptziel liberaler Politik der nächsten Jahre.

Insbesondere mittelständische Unternehmen aus Wachstumsbranchen sind für eine Ansiedlung zu gewinnen, denn diese finden in Halle mit den Forschungskapazitäten der Universität und der Hochschulen, mit den qualifizierten Arbeitskräften und den spezialisierten regionalen Zulieferern potente Partner. Hierzu ist die städtische Wirtschaftsförderung deutlich qualitativ aufzuwerten und weiterzuentwickeln.

Die Auftragserteilung an einheimische Unternehmer durch die öffentliche Hand ist zu forcieren. Einzelbauvoranfragen und Bauanträge sind unverzüglich zu bearbeiten. Es müssen Anreize geschaffen werden, den Unternehmenssitz bestehender Unternehmen nach Halle zu verlegen. Förderungsmechanismen werden vereinfacht durch Konzentration auf für Halle wichtige Bereiche, verstärkte Förderung von technologie- und wertschöpfungsintensiven Unternehmen mit eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Im Saalekreis existiert eine Vielzahl von Gewerbe-Industrie-Gebieten, die ihre Attraktivität aus der Nähe zur Stadt Halle beziehen. Die Kooperation mit den Umlandgemeinden ist zu verbessern mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzugleichen.

Die halleschen Grund- und Gewerbesteuern haben den höchsten Stand in Sachsen-Anhalt und schrecken Investoren ab. Sie sind insoweit zu senken, als dass sich der Abstand zu den Hebesätzen des Umlands deutlich verringert.

Zur Unterstützung der Flexibilität des Mittelstandes fordern wir die Handwerkerparkkarte (Parkscheinheft) schnellstmöglich einzuführen.

Für den Mittelstand (Händler, Gewerbetreibende und Handwerker) ist es von großer Bedeutung, dass die Innenstadt besser erreichbar ist und die durchaus vorhandenen Parkhäuser bzw. Parkplätze besser erreicht werden.

Die obere **Leipziger Straße** als Eingangstor zur Stadt muss belebt werden. Dazu ist ein funktionierendes Leerstandsmanagement, welches eng mit dem Bereich Wirtschaftsförderung und den Eigentümern bzw. Verwaltern der entsprechenden Immobilien zusammenarbeitet, aufzubauen.

Die innerstädtische Lückenbebauung ist voranzutreiben, um das Stadtbild attraktiver zu gestalten. Historische hallesche Stadtviertel sind in ihrem Flair zu erhalten.

Halle als Oberzentrum muss mit Augenmaß zu der Einkaufsstadt Nr. 1 im südlichen Sachsen-Anhalt entwickelt werden. Zusätzlicher Einzelhandel ist bevorzugt in der Innenstadt anzusiedeln, weitere Einkaufszentren auf der grünen Wiese wollen wir nicht.

Der Aufbau eines City-Managements, das eng mit der Wirtschaftsförderung zusammen arbeitet ist für die Gestaltung der Attraktivität der Innenstadt und die weitere Entwicklung des innerstädtischen Einzelhandels unabdingbar.

Wir wollen keine neuen Abgaben für die Durchleitung von Energie und Wasser. Mit den Konzessionsabgaben der Stadt Halle (Saale) auf Strom, Gas und Abwasser erhebt die Stadt bereits jetzt eine Art Kommunalsteuer von ihren Bürgern in Höhe von insgesamt 9.978.040 € pro Jahr in den Jahren von 2014 an. Dem steht keine konkrete Leistung seitens der Stadt gegenüber. Die Abgabenlast für die Haushalte liegt in Halle dadurch deutlich über den Kosten für vergleichbare Leistungen z.B. im Saalekreis. Eine weitere Erhöhung dieser Abgaben ist durch nichts zu rechtfertigen. Diese Einnahmen dienen pauschal zur Deckung der städtischen Kosten. Statt weitere Einnahmequellen zulasten der Bürger zu generieren, soll die Stadt Einsparpotentiale ermitteln und realisieren. Deshalb wollen wir einen Bürgerentscheid über eine Konzessionsabgabe auf Trinkwasser.

Halle hat vergleichsweise hohe Lebenshaltungskosten. Weitere Gebühren- und **Steuererhöhungen** sind nicht zu rechtfertigen. Bei Bagatellsteuern (z.B. Hundesteuer) soll eine Aufwand-Aufkommen-Rechnung durchgeführt und bei zu geringem Ertrag die Steuer abgeschafft werden.

Nötig ist eine umfassende **Aufgabenkritik** der Stadtverwaltung mit dem Ziel der Konzentration auf die wirklich notwendige Daseinsvorsorge. Mit planmäßigen kommunalen Investitionen bei Straßen, Brücken und Spielplätzen lassen sich teure Reparaturen von maroden Anlagen verhindern. Die Gewinnsituation der städtischen Unternehmen muss dahingehend analysiert werden, ob sie nicht auf Grund von Monopolstrukturen bei der Wahrnehmung von Aufgaben der Stadt und damit zu Lasten der Kunden bestehen. Wir befürworten die Fusion von GWG und HWG zur Kostenreduzierung und daraus folgend der Verkauf von hochpreisigen kommunalen Wohnungen, weil die Aufgabe der Kommune ausschließlich die Schaffung von sozialem Wohnraum ist.

Die erneute Aufnahme von Schulden bei künftigen **Haushalten** der Stadt ist unbedingt zu vermeiden. Schulden gehen zulasten zukünftiger Generationen und nehmen ihnen jeden gestalterischen Handlungsspielraum. Eine transparente Haushaltsaufstellung mit für jedermann verständlichen Erklärungen der Ausgaben- und Einnahmepositionen ist eine Bringpflicht gegenüber dem Steuerzahler. Die knapperen Finanzmittel erfordern klare Schwerpunkte; keine Gefälligkeitspolitik mehr zu Lasten der Stadtkasse.

Die FDP spricht sich für die Einführung eines zweijährigen Haushalts (Doppelhaushalt) aus. Dies erhöht die Planungssicherheit unter anderem für die Vereine.

Schluss mit der Entlastung der Länderfinanzen auf Kosten der Kommunen - dafür ausreichende Finanzierung von an die Stadt übertragenen Aufgaben. Im finanziellen und wirtschaftlichen Verwaltungsbereich sind die Kontrollmöglichkeiten der Bürger zu stärken.

Öffentliche Vorhaben müssen stärker wirtschaftlich überprüft werden. Deren Ausführung ist strenger zu kontrollieren.

Bildung und Wissenschaft mit Tradition

Wir fordern kurze Schulwege. Nicht nur für Grund- und Sekundarschulen, auch für Gymnasien sind Alternativen zum bisherigen Losverfahren zu prüfen. Wir wollen keine Schulplatzlotterie!

Schulen sanieren, nicht „streichen“. Insbesondere die GS Glaucha und die GS Johannes inklusive Hort sind zügig zu sanieren. Die Stadt Halle benötigt ein zusätzliches Gymnasium, dort wo der Bedarf an weiteren Gymnasialplätzen besteht. Gymnasien werden entsprechend ihres Lehrauftrages ausgestattet. Spezialgymnasien, wie z.B. das Sportgymnasium und das Cantor-Gymnasium sind zu erhalten. Wir möchten den inklusiven Unterricht von deutschen und ausländischen Kindern, von Behinderten und Nichtbehinderten weiterführen. Dafür müssen jedoch zunächst die baulichen und pädagogischen Voraussetzungen geschaffen werden. Kein inklusives Herumexperimentieren zulasten der betroffenen Kinder! Wir unterstützen den Aufbau einer mehrsprachigen internationalen Schule.

Die Martin-Luther-Universität blickt auf eine jahrhundertewährende Tradition als Volluniversität zurück. Eine auskömmlich finanzierte, vollwertige Universität ist Voraussetzung für den **Wissenschaftsstandort** Halle (Saale). Die Stadt strahlt als Wissenschaftszentrum auf die Region. Alle ortsansässigen Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina als Gelehrtenengesellschaft sind durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Kommune zu fördern. Günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung bestehender Einrichtungen und für Neuansiedlungen sind zu schaffen. Die Kommune und die Martin-Luther-Universität arbeiten eng auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages zusammen. Die Stadt und ihre Verwaltungen sollen noch stärker die Kapazitäten der Universität bei der Bewältigung von Problemen und der Lösung städtischer Aufgaben nutzen. Die Ansiedlung von weiteren Forschungsinstituten auf dem Gebiet des Weinberg-Campus wird durch die Stadt weiterhin massiv unterstützt.

Studentische Austauschprogramme im internationalen Rahmen sollen eine gezielte Unterstützung durch die Kommune erfahren. Gleiches gilt für die zahlreichen internationalen Programme für Schüler oder auch andere Zielgruppen in der Stadt.

Der Begabtenförderung ist in Kooperation mit der Universität ein entsprechender Stellenwert zuzuordnen.

Selbstbestimmtes Leben

Die Kommune muss sich für Pilotprojekte öffnen, die die strikte Trennung von ambulanter Familienhilfe und stationärem Aufenthalt der Kinder auflösen und mit

der ganzen Familie arbeiten. Unbestritten bleiben das Kindeswohl und die Abwehr von Gefahren für das Kind im Fokus. Kein Kind wird in einer Familie belassen, in der das Kindeswohl akut gefährdet ist. Die Träger sollen Anreize erhalten, eine Hilfe erfolgreich auch frühzeitig beenden zu können und nicht aus finanziellen Gründen bis zum Ende der vertraglich vereinbarten Laufzeit fortzuführen.

Die Stadt Halle verfügt über ein weit gefächertes Netz an **Kindertagesstätten**. Leider gibt es Wohngebiete, vor allem in der Innenstadt mit zu wenig Kitaplätzen. Mit einem gezielten Ausbau des Platzangebotes in nachfrageintensiven Wohngebieten kann die Wartezeit auf einen freien Kitaplatz verkürzt werden. Es gibt durch einheitliche gesetzliche Vorgaben kaum Qualitätsunterschiede in der Erbringung der Betreuungsleistung und den Bildungsinhalten. Die Einrichtungen unterscheiden sich lediglich im Schwerpunkt der Bildungskonzepte. Dieser hohe Standard hat seinen Preis. An der Leistung für die Kinder und Eltern möchte die FDP nicht sparen, wohl aber an der ineffizienten Form der Leistungserbringung. Die Stadt leistet sich ihren Eigenbetrieb mit strukturell bedingten höheren Kosten, ohne dass dies einen Nutzen für die Kinder, Eltern oder Erzieherinnen hat. Darum möchte die FDP den Eigenbetrieb Kindertagesstätten auflösen, die bestehenden Einrichtungen an freie Träger übertragen und somit das Geld in diesem Bereich einsparen, dass die Eltern bei der nächsten Gebührenerhöhung tragen müssten, nur weil die Stadt Halle sich einen teuren Eigenbetrieb leistet.

Viele **Spielplätze** in der Stadt müssen dringend saniert werden. Wir appellieren an den Investor, den sehr gut frequentierten Spielplatz am Rathenauplatz zu erweitern.

Die kommunale Beteiligung am Jobcenter Halle wird dazu genutzt, um die Ausrichtung der **arbeitsmarktpolitischen** Programme im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten zu individualisieren. Gruppenbeschäftigungen mit willkürlicher Zuweisung von Menschen sind zu reduzieren.

Kultur – das Salz in der Suppe – die Seele unserer Stadt

Wir verfügen in Halle (Saale) über einen reichen Schatz an kulturellen Einrichtungen. Neben dem Opernhaus, mit Staatskapelle und Ballett, sowie der Kulturinsel mit Neuem Theater, Thalia Theater und Puppentheater haben wir mit der Stiftung Moritzburg eine herausragende Kunstgalerie. Die Franckeschen Stiftungen haben gute Aussichten in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO aufgenommen zu werden.

Folgerichtig hat auch die Bundeskulturstiftung ihren Sitz in Halle. Darauf können wir stolz sein und werden zu recht von anderen Städten beneidet.

Zu den Neidern scheint auch die Landesregierung zu gehören. Der SPD-Finanzminister streicht auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten vorzugsweise alle Etats, mit denen er noch nie etwas anfangen konnte. Das trifft neben der Hochschullandschaft vor allem die Kultur, vorzugsweise in Halle. Eine unterfinanzierte Kulturlandschaft schadet aber uns allen.

Viele Touristen kommen nach Halle, um unser kulturelles Angebot zu nutzen. Dies lässt sich insbesondere zu den alljährlichen Händelfestspielen beobachten, die in Qualität und Umfang erhalten bleiben sollten. Das ist nur ein Beispiel für das kulturelle Potential unserer Stadt, die schon immer der Leuchtturm in einer der kulturreichsten Regionen Deutschlands war. Der SPD-Kultusminister verantwortet einen beispiellosen Kahlschlag in der Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts. Um diesem Kulturkahlschlag entgegenzuwirken, brauchen wir ein Umdenken bei der Kulturfinanzierung. Das Umland muss mit einbezogen werden.

Halle ist auch mit Unterstützung der Landesregierung als kulturelles Zentrum Sachsen-Anhalts zu erhalten und weiter auszubauen. Der Erhalt so bekannter und beliebter Einrichtungen wie der Theater und Orchester, des Stadttsingechores oder des Zoo Halle ist zu sichern. Traditionelle Festivals wie die Händelfestspiele und das Internationale Kinderchorfestival sind ebenso fortzuführen wie die Hallischen Musiktage und die Volksfeste wie das Laternenfest. Den hiesigen Künstlern müssen hinreichende Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten geboten werden, auch für alternative und Kleinkunst sind Präsentationsmöglichkeiten zu schaffen.

Sport und Vereine – für eine aktive Freizeit

Sport- und Musikvereine sind auch ein gutes Instrument gegen Langeweile und Rowdytum. Bestehende Sportanlagen sind im Sinne der Sport- und Freizeitförderung zu nutzen und zu bewirtschaften. Die Sportstätten sind in ihrer Betriebsfähigkeit zu sichern. Sportvereine, die Mut, Eigeninitiative und Risikobereitschaft entwickeln, sind zu unterstützen. Wir setzen uns ein für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Stadtverwaltung, Sportinvestoren und Sponsoren, wobei die Erfahrung und Bereitschaft von Investoren und Sponsoren konsequent zu nutzen ist. Dazu

gehören auch mehr Angebote für die sportliche Betätigung der Behinderten, der Senioren und Rehabilitanden.

Ein lebendiges Vereinsleben in der Stadt kann dadurch unterstützt werden, dass den örtlichen Bürger-, Heimat-, Brauchtums- und Kulturvereinen kommunale Räume kostenfrei für Versammlungen etc. zur Verfügung gestellt werden in den Zeiten, in denen sie ansonsten ungenutzt wären. Turnhallen können grundsätzlich in die Verwaltung des Stadtsportbundes gegeben werden, der sich um eine optimale Nutzung außerhalb der Schulzeiten durch Vereine kümmert.

Die FDP spricht sich für die Neuerrichtung einer **Eissporthalle** aus. Dabei ist ein Standort zu wählen der geschützt vor Hoch- und Grundwasser für alle Verkehrsteilnehmer gut erreichbar ist und von Freizeitsportlern und den Eishockeyfans angenommen wird.

Verkehr – Orientierung an der Realität

Die **Hochstraße** verbindet zwei inzwischen zusammengewachsene Städte: Halle und Halle-Neustadt. Aufgrund des aktuellen Verkehrsaufkommens gibt es derzeit keine Alternative zu einer vierspurigen Hochstraße. Die Hochstraßenbrücken über den Francke-Platz und den Glauchaer Platz sind für etliche Hallenser ein Ärgernis, ein Schandfleck und ein Hindernis für eine mögliche Anerkennung der Franckeschen Stiftungen als Weltkulturerbe. Leider sind sie für die hallesche Verkehrsinfrastruktur auf absehbare Zeit unverzichtbar. Langfristigen Überlegungen zu Verkehrsalternativen auch im Zusammenhang mit einem notwendigen 3. Saaleübergang verschließen wir uns jedoch nicht.

Wir sprechen uns für eine durchgehend vierspurige **Merseburger Straße** aus. Dazu gehört eine neu zu bauende Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße, die groß genug ist, dass die Straßenbahngleise einen eigenen Bahnkörper erhalten können und außerdem je zwei Richtungsfahrbahnen zuzüglich normgerechter Fuß- und Radwege unter der Brücke zur Verfügung stehen.

Die Verkehrsanbindung des **Weinbergcampus** wirkt wie ein Nadelöhr. Die Schaffung eines Kreisverkehrs oder zusätzlicher Linksabbiegespuren für die Kreuzung Heideallee-Weinbergweg-Walter-Hülse-Straße ist schnellstmöglich zu realisieren.

Zur Entlastung der Stadt ist die Fertigstellung der **A 143** voranzutreiben. Insbesondere bei Stau oder Sperrung auf der A 14 ist die Fertigstellung der A 143 vor allem für den Norden von Halle von essentieller Bedeutung für die Lebensqualität. Die halleschen Randgebiete sind weit besser mit der Innenstadt zu verbinden. Die 1950 eingemeindeten Stadtgebiete müssen an das allgemeine Ausbau- und Ausstattungsniveau herangeführt werden. Wir fordern die Schaffung einer städtischen Erschließung für Besucherverkehr inklusive Parkmöglichkeiten am Innenstadtring sowie ein **Verkehrssystem**, das dem Besucher der Stadt eine schnelle Orientierung erlaubt und unnötigen Suchverkehr vermeidet. Das Verkehrsleitbild Halles von 1997 bevorzugt den Öffentlichen Personennahverkehr vor dem Individualverkehr. Das erscheint sinnvoll, schließlich fahren in einem Bus oder einer Straßenbahn mehr Menschen als in einem Pkw oder auf einem Fahrrad. Jedoch hat diese Regelung zur Folge, dass alle Ampeln in Halle ausschließlich auf die Bevorzugung des Öffentlichen Personennahverkehrs ausgerichtet sind. Es gibt aber genügend Ampelanlagen, bei denen eine **Grüne-Welle**-Schaltung für den motorisierten Individualverkehr völlig unabhängig von der Straßenbahn möglich ist. Zur Reduzierung von Luftschadstoffen sollten möglichst alle Ampelanlagen in der Stadt Halle (Saale) in eine Grüne-Welle-Schaltung für Pkws einbezogen werden. Für die Anlagen, die bereits gekoppelt sind, soll endlich eine Grüne Welle auch für den Individualverkehr durchgesetzt werden. Straßenbahnen produzieren keine Abgase, sondern fahren mit Strom. Damit haben sie keine Auswirkungen auf die Feinstaub- und Kohlendioxid- bzw. Stickoxidbilanz auf den halleschen Straßen. Das unnötige Halten vor roten Ampeln kann reduziert werden, indem die Stadt für Autos die Grüne-Welle-Schaltung zumindest dort ermöglicht, wo es für Bus und Straßenbahn zumutbar ist. Seit der Erstellung des Verkehrsleitplanes hat sich die Situation durch Investitionen in neue Straßenbahntrassen deutlich verändert. Dem muss Rechnung getragen werden.

Halle (Saale) als Oberzentrum muss für die Besucher und Gäste der Stadt besser erreichbar sein. Das betrifft Kunst und Kultur, die Medizinischen Einrichtungen, die Gastronomie, den Handel sowie Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen. Wir sind für den raschen Weiterbau der **Europachaussee** mit Anbindung an die B 100. Wir fordern ein Netz von sicheren **Fahrradwegen** in und zwischen den Stadtteilen, einschließlich der Stellflächen für Fahrräder. Das Angebot an wohnortorientierten Parkflächen muss verbessert werden, vordringlich im Zentrum außerhalb des Altstadtrings und in den dicht besiedelten Wohngebieten. Auf überbreiten Fußwegen können **Parkplätze** ausgewiesen werden. [Eine Umwandlung der

Thomasiusstraße in eine Allee mit der einhergehenden Verringerung von Parkplätzen lehnen wir ab.] Der Zustand der **Fußwege** ist in der Stadt teilweise abenteuerlich. Wir fordern mehr Aufmerksamkeit der Stadtverwaltung auf die Erhaltung und gegebenenfalls Sanierung der Fußwege.

Vor allem Kinder, Behinderte und Senioren sind darauf angewiesen.

Die Hallenser und ihr Umfeld im Fokus der Stadt

Über wichtige und in der Stadt kontrovers diskutierte Themen, insbesondere solche, bei denen sich Bürgerinitiativen engagieren, soll einmal jährlich gebündelt durch Bürgerentscheid entschieden werden.

Dölau gehört zu den nachgefragtesten Wohngebieten in Halle. Auf dem Gelände der ehemaligen Gaststätte „**Heideschlösschen**“, soll eine neue, qualitativ hochwertige Wohnnutzung entstehen. Dieses Ziel halten wir für sinnvoll. Es handelt sich um bestehendes Bauland in hervorragender Lage. Natürlich ist es besser, brachliegende Bauflächen wieder zu bebauen als Neuland auszuweisen. Es stellt sich aber die Frage nach dem Umfang der Bebauung. Der richtige, städtebaulich verträgliche Umfang die Neubebauung bemisst sich an der vorhandenen Bebauung der Umgebung. Wir begrüßen die Schaffung neuer Wohnungen auf vorhandenem Bauland in guter Lage. Aber wir erwarten Augenmaß, die Gleichbehandlung aller Bauherren und Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der Einwohner in Dölau.

Die **Satzungen** und Verordnungen der Stadt sind konsequent anzuwenden, jedoch sind unnötige Vorschriften, wie bei der **Erhaltungssatzung Gesundbrunnen** geschehen, abzuschaffen.

Wir fordern einen konsequenten **Hochwasserschutz** für alle Hallenser. Das Reduzieren auf medienwirksame Auftritte wird der Verantwortung der Stadtverwaltung für ganz Halle nicht gerecht. Auch die Bewohner am Stadtrand haben einen Anspruch auf wirksamen Katastrophenschutz.

Felix Graf von **Luckner** hat durch seinen mutigen, persönlichen Einsatz gemeinsam mit Anderen im Jahre 1945 die Stadt Halle vor einer großflächigen Bombardierung durch die Alliierten bewahrt. Dies ist durch die Stadt angemessen im Rahmen des 70-Jährigen Jubiläums zu würdigen. Wir fordern zudem zu Ehren Luckners zumindest die Benennung einer Straße nach ihm.

Der **Denkmalsschutz** ist bei der erforderlichen Stadtsanierung ausreichend zu berücksichtigen und neue Bauten sind an das vorhandene Architekturensemble anzupassen. Das Flair unserer Stadt Halle muss durch ein vielseitiges Angebot an Gaststätten, Galerien und Geschäften geprägt werden. Hier sehen wir ein weitreichendes Betätigungsfeld für private Familien- und Kleinunternehmer.

Die **Naherholungsgebiete** sollen durch reizvolle Spielplätze, intensive Naturpflege und besseren Wegebau an Anziehungskraft gewinnen. Die Saaleauen und Flussarme in der Stadt sollen renaturiert werden. Die Dölauer Heide und die städtischen Grünflächen sind zu pflegen und zu bewahren.

Weiter Informationen:

www.FDP-Halle.de/kommunalwahl